heiter allein — sondern um die Löhne der gesamten Arbeiter.

Die Abwehr ist nur möglich durch eine geschlossene gewerkschaftliche Kampffront — durch die Rückkehr zum Klassenkampf. Die SPD.-Arbeiter, denen die „linken" Führer unablässig diese Parole der Rückkehr zum Klassenkampf vorbeten, zu dem ausgesprochenen Zweck, sie in der SPD. zu halten, also vom Klassenkampf abzuhalten, haben hier eine Gelegenheit, aus der Phrase zur Tat zu kommen. Sie müssen, wenn sie es politisch ernst meinen, wenn sie auch nur einen Schritt vorwärts tun wollen, für die Interessen der Gesamtarbeiterschaft, für **ihre eigenen Interessen**, der Einheitsfront der Ausbeuter die Einheitsfront der Arbeiter entgegenstellen helfen. Gemeinsam mit der Opposition in den Verbänden, gemeinsam mit den Kommunisten in den Betrieben müssen sie zum Kampfe um die Einheit der Gewerkschaften, zum Kampfe gegen die Anerkennung des Schlichtungsverfahrens durch die Gewerkschaften, zum Kampfe um die Verbindung aller Lohnbewegungen durch die Gewerkschaften gebracht werden. Diese Forderungen gehen nicht über den Rahmen der Forderungen der „Linken" hinaus. Die meisten Arbeiter der SPD. sind mit ihnen einverstanden. Es ist also nur eine Frage der Aktivität, der Geschicklichkeit und des bolschewistischen Ernstes der revolutionären Arbeiter in den Betrieben, eine praktische Stellungnahme in den Gewerkschaften und Betrieben zu erreichen. Welcher Arbeiter findet denn, daß die Löhne zu hoch, die Arbeitszeit zu kurz ist? Welcher Arbeiter sieht denn nicht die von SPD. und Gewerkschaften selbst zugegebenen Angriffe der Unternehmer? Welcher Arbeiter sieht denn nicht, daß die bisherigen Methoden der Gewerkschaften nicht ausreichen zu einer wirklichen Abwehr? Welcher Arbeiter glaubt denn, daß die Kommunisten nicht zur Abwehr bereit sind und daß die Vorschläge übertrieben sind? Der Offene Brief an den ADGB. hat bisher keine Antwort gefunden, weil die Massen in den Betrieben und Gewerkschaften nicht durch die Ereignisse zum Bewußtsein der Notwendigkeit dieser Forderungen in ihrem eigenen Interesse gebracht werden konnten. Jetzt wird die Situation so ernst, daß mit aller Kraft an die Mobilisierung des Widerstandes gegangen werden muß — in jedem Verband, in jedem Betrieb.

Aus dem Reichstag

Berlin, 10. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

In der Dienstagsitzung des Reichstages wurde vor Eintritt in die Tagesordnung ein völkischer Antrag, der die sofortige Besprechung der Konzilsnote fordert, abgelehnt.

Die Kommunisten traten ebenfalls für die sofortige Besprechung ein, wiesen jedoch darauf hin, daß die Völkischen mit ihrer Einstellung zum Reichswehretat und zum Dawespakt am besten bewiesen haben, daß auch sie gewillt sind, im Auftrage der Entente gegen die deutschen und russischen Arbeiter zu kämpfen. — Die SPD. wandte sich durch Müller-Franken gegen sofortige Beratung und verwies auf die morgige Beratung in der Dunkelkammer des Ausschusses.

Genosse **Stöcker**, der von England zurückgekehrt ist, begründet darauf eine kommunistische große Anfrage wegen des bestialischen Polizeiüberfalls auf unbewaffnete Arbeiter in Teltow. Stöcker wies darauf hin, daß selbst der „Vorwärts" entgegen seiner üblichen Kommunistenhetze gezwungen war, festzustellen, daß die Kommunisten nicht die Hauptschuldigen waren. Der „Vorwärts" würde gut tun, sich bei der Teltower Arbeiterschaft zu erkundigen, wo er erfahren kann, daß allein die Polizei provoziert und angegriffen hat. Der heute im Hauptausschuß vom Reichsinnenminister verlesene Bericht des preußischen Innenministers über den Teltower Polizeimord ist ein typischer Polizeischwindel; darin wird behauptet, daß die unbewaffneten Arbeiter die bewaffnete Polizei und Faschisten angegriffen hätten. In diesen Arbeitermorden liegt System. — Stöcker erinnert an die Bluttat in Halle, an den Faschistenüberfall auf das Remscheider Gewerkschaftshaus, wo die Arbeiter, nicht die Faschisten verhaftet wurden. Mit dem Hinweis, daß dieser Reichstag nichts gegen die systematischen Arbeitermorde unternehmen wird, fordert er die Arbeiter auf, die Abwehr gegen das Mordsystem zu organisieren. Im Roten Frontkämpferbund fanden die Arbeiter die Organisation zum Kampfe gegen die Reaktion.

Müller-Franken erklärte sich gegen die sofortige Beratung. Gegen den standhaften Bericht seines Parteigenossen Severing sagt Müller nichts, sondern bemüht sich, daß die Darstellung des Genossen Stöcker der Wahrheit entspricht. Ihm kommt der Deutschnationale Schulz-Bromberg zu Hilfe, der der Beratung widerspricht und diese dadurch verhindert.

Dann wurde in die Beratung des Marine-Etats eingetreten, wobei Genosse Kreusburg erklärte, daß die Kommunisten den Etat ablehnen werden.

In der Abstimmung wurden alle kommunistischen Anträge abgelehnt. Bei der Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Kommunisten gegen den Reichswehrminister Geßler stimmten allein die Kommunisten gegen Geßler, während die Einheitsfront von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen sich für Geßler aussprach. Der sozialdemokratische Verlegenheitsantrag, Geßler das Gehalt zu streichen, wurde gegen die Stimmen der SPD. und der Kommunisten abgelehnt.

Sogar die rechte SPD.-Presse gegen die Braun-Severing-Regierung!

Die „Rheinische Zeitung" stellt mit Empörung fest, daß der Amtliche Preußische Pressedienst Versuche unternimmt, die Schuld der Braun-Severing-Regierung am Zustandekommen des Reichsratsbeschlusses gegen die bayrischen Volksgerichte zu verwischen.

Nicht einmal der offizielle Vertreter der Regierung habe gegen den bayrischen Einspruch gestimmt. Sie verschweigt ihren Lesern natürlich, daß das Kabinett Braun-Severing die Verantwortung für die Haltung seiner Vertreter im Reichsrat trägt und daß diese dort keinen eigenen Standpunkt, sondern den der Regierung zu vertreten haben. Diese Heldentat im Reichsrat reiht sich durchaus würdig der der 28 Rechten im Sachsenlandtag an. Man bedenke doch: ein Gesetz, eingebracht von der SPD., das sogar Zustimmung von Zentrumsleuten, Demokraten und Volksparteilern findet, wird durch Mithilfe sozialdemokratischer „positiver Arbeiterpolitiker" zu Fall gebracht! Schlimmer können die SPD.-Führer ihre Arbeitermassen nicht verhöhnen!

Tagung der „Sozialistischen Arbeiter-Internationale"

In der Zeit vom 22. bis 27. August wollen die schwarz-rot-gelben, blau-weiß-roten, weiß-grün-roten und sonst buntscheckig farbierten Sozialdemokraten in Marseille einen Kongreß abhalten.

Auf diesem Kongreß werden auch Delegierte im Namen von „Georgien", „Rußland" und der „Ukraine" erscheinen, obgleich diese Delegierten von niemand anders als von sich bzw. den englisch-französisch-amerikanischen Oel- und Kohleninteressenten delegiert sind.

In hochtrabenden Worten soll zunächst über

„Die internationale sozialistische Friedenspolitik"

lamentiert werden (z. B. Bewilligung der Kriegskredite für den Marokkokrieg durch die französischen Sozialdemokraten).

„Die Probleme der Sicherheit und der Abrüstung" werden voraussichtlich in dem Sinne gelöst werden, daß man sich gegenseitig das Recht zugesteht, „seinem" selbstverständlich „angegriffenen" „Vaterland" **die Mittel für den nächsten Krieg zu bewilligen.**

Im zweiten Punkt der Tagesordnung wird man **„Die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse und die Arbeitslosigkeit"** behandeln, und, weisheitsvoll wie man ist, im Sinne des Crispienschen „wissenschaftlichen Sozialismus" feststellen, daß die Armut von der **Pauperität kommt.**

Zur Frage des Achtstundentages wird man gleich den Leben Schwaben sagen: „Hannemann, geh du voran, du hast die größten Stiebeln an". Man wird dann das beliebte Gesellschaftsspiel aufführen: Wer ist Hannemann? England wird sagen: Solange in Deutschland zehn und zwölf Stunden gearbeitet werden, **können wir nicht den Achtstundentag durchführen . . .** Deutschland wird auf China verweisen, China auf Honolulu, Honolulu auf Polen, Polen auf Deutschland, Deutschland auf England usw. usw. Wenn man so mehrere Male die Reihe der sozialdemokratischen „Vaterländer" herumgegangen sein wird, wird man, weisheitsvoll wie man ist, im Sinne des Crispienschen „wissenschaftlichen Sozialismus" feststellen, daß der Achtstundentag ein sehr schönes „Ideal" ist.

Auch eine „internationale," „sozialistische" Frauenkonferenz soll abgehalten werden, die deutschen Sozialdemokratinnen, die Redakteurinnen der sozialdemokratischen Frauenzeitungen „Vorlesungen" halten über „Schmalhans mit Geschmack" oder „Wie mache ich Kartoffelschalen für die Volkswirtschaft nutzbar" bzw. über die „Notwendigkeit von der Beibehaltung des Paragraphen 218" (Motto: **Hindenburg braucht Soldaten . . .**).

Der Kongreß soll selbstverständlich „eine machtvolle Kundgebung gegen die Feinde der Arbeiterklasse und des Fortschritts: gegen den Kapitalismus und die faschistische Reaktion" werden. „Gegen die Feinde der Arbeiterklasse" würde es sich empfehlen, Noske, Hörsing oder Wandervelde sprechen zu lassen, „gegen die Feinde des „Fortschritts" Wolfgang Heine und ähnliche sozialdemokratische Leuchten, „gegen den Kapitalismus" vielleicht Barmat, Sklarz, Hellmann, Macdonald oder Wels. Die besten Redner „gegen die faschistische Reaktion" würden aber zweifellos die in diesen Dingen erfahrenen Hartholsozialisten, Mussolinisozialisten, die „Sozialisten" Polens, Lettlands, Estlands, Bulgariens und die Menomechelegierten „Georgiens" stellen.

Der ganze Rummel in Marseille soll aufgezogen werden unter der Firma: „Herstellung der Einheit des Proletariats **in den Reihen der sozialistischen Arbeiter-Internationale".**

Wir sind allerdings der Auffassung, daß in dieser Vielheit von Kujonen, korrumpierten Arbeiterführern, Kriegskreditbewilligern, Sozialverrätern eine Einheit nicht zu schaffen ist, außer **gegen das Proletariat.**

Genosse Bludau im Hungerstreik

Berlin, 10. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der seit 1½ Jahren im Gefängnis zu Lübbringhausen inhaftierte Genosse Bludau befindet sich seit voriger Woche (Donnerstag) im Hungerstreik. Eine ganze Reihe dort inhaftierter Strafgefangener haben sich diesem Hungerstreik angeschlossen. Unsere Genossen Obuch und Benscheid wurden beim preußischen Justizministerium vorstellig und verlangten, daß sofort ein telegraphischer Bericht von dort angefordert würde. Die Vorstellung der beiden Genossen hatte den Erfolg, daß das Justizministerium die Zusage gab, daß Bludau bis zum 1. Juli die Strafaussetzung in Aussicht gestellt wurde. Daraufhin haben die Gefangenen den Hungerstreik abgebrochen.

Der Aufmarsch der Roten Front

Hamburg, 9. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In Wedel hielt die Ortsgruppe des Stahlhelmbundes am Sonntag Fahnenweihe ab. Der Stahlhelmtag wurde ein völliges Fiasko, insgesamt hatten sich nur 5—600 Teilnehmer aus den umliegenden Ortschaften zusammengefunden. Eine Gegendemonstration der Hamburger Roten Frontkämpfer in Stärke von etwa 4000 Mann sammelte sich vor Wedel, um dem Proletariat die Straße freizumachen. Die schon am frühen Morgen zum Schutz der Stahlhelmleute aufgebotene Schupo riegelte die Zugangsstraßen ab. Am Nachmittag erzwangen schließlich die Roten Frontkämpfer von zwei Seiten her den Einmarsch in die Stadt. Die Arbeiterschaft von Wedel verstärkte die rote Demonstration, die in ihrer proletarischen Disziplin unter den roten Fahnen glänzenden Eindruck auf die Bevölkerung machte. Auf dem Rückmarsch hat es eine Anzahl von Zusammenstößen gegeben, über die noch nichts näheres bekannt ist. Aus einer Villa soll geschossen worden sein.

Hannover, 9. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Am Sonntag marschierte das Proletariat in Hannover zu einem Roten Tag auf. 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen, Rote Frontkämpfer und Jungstürmer aus Niedersachsen, außerdem Delegationen aus Magdeburg, Halle, Hamburg, Essen und Bielefeld demonstrierten durch die Stadt. Auf die Arbeiterschaft, ebenso wie auf die bürgerliche Bevölkerung machte der Aufmarsch starken Eindruck. Zu Zusammenstößen ist es nirgends gekommen.

Die Rote Front in Oberschlesien

Breslau, 10. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Vergangenen Sonntag fand in Beuthen der erste oberschlesische Rote Tag statt. An der Bannerweihe nahmen 3000 Frontkämpfer teil. Ein riesiger Demonstrationszug unter roten Fahnen marschierte durch die Bourgeoisie-Viertel.

Vor dem Generalstreik der bayrischen Metallindustrie

München, 10. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) In der bayrischen Metallindustrie ist die Aussperrung und der Generalstreik bevorstehend. Die Regierung will durch eine Vermittlungsaktion den Kampf der Arbeiter verhindern, droht aber zugleich mit der Aussperrung.

Vor einem Streik bei Bolle

Berlin, 9. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Bei der Milchfirma Bolle scheint ein Streik unvermeidlich. Die Firma wurde als „lebenswichtiger Betrieb" erklärt und nutzt dies nun aus zu den gemeinsten Schikanen und Lohndrückereien.

Metallarbeiterkämpfe im Saargebiet

Saarbrücken, 10. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Die Metallindustrie in Saarbrücken verweigert Bezahlung der von den Metallarbeitern geforderten Stundenlohnzulage von 3 und 4 Pf. Verschiedene Belegschaften haben geschlossen gekündigt. Christliche und Hirschdunkersche haben sich mit dem DMV. solidarisch erklärt. Seit Montag und Dienstag hat der Streik eingesetzt.

Bevorstehender Lohnabbau der Eisen- und Stahlindustriearbeiter

In ihrer Sitzung vom 8. Juni beschloß die Tarifgemeinschaft der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie, ab 1. Juli alle Arbeitslöhne um 10 Prozent abzubauen. Das Arbeitsabkommen wurde auch von den Gewerkschaften gekündigt. Die Arbeiter verlangen eine Lohnerhöhung von 66 auf 80 Pf. pro Stunde, durchschnittlich von 21 Prozent.

Die Massenentlassungen hören nicht auf

Essen, 9. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Die Entlassungen auf Zeche Rheinpreußen werden fortgesetzt. In verschiedenen Zechen wurden wieder Feierschichten eingelegt, gleichzeitig aber auf anderen Schachtanlagen der gleichen Zechen Ueberschichten verfahren.

Die Massenentlassungen im Westen

reden eine deutliche Sprache. Die „Kölnische Zeitung", das größte Organ der Schwerausbeuter, gibt am 7. Juni zu, daß diese Massenentlassungen auch planmäßig als Druckmittel zu Arbeitszeit- und Lohnverschlechterungen benutzt werden sollen. In bezug auf das Siegerländer Erzgebiet erklärt es, daß weitere Belastung der Gruben durch Lohnerhöhungen zu Stillegungen führen würde. Das Siegerländer Revier hat die schlechtesten Löhne von allen!

Vor dem Streik im badischen Baugewerbe

Karlsruhe (Baden), 10. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Verhandlungen im Baugewerbe in ganz Baden sind gescheitert. Der Streik steht bevor.

„Es drohen schwere Erschütterungen"

schreibt der amtliche rheinische „Arbeitsmarktbericht". „Die lohnpolitischen Schwierigkeiten werfen jetzt schon ihre Schatten auf den Arbeitsmarkt voraus."

Und die Gewerkschaften? Ueberlassen sie die Arbeiter wieder den Zwangssprüchen der Luther-Regierung? Und die Arbeiter? Lassen sie noch immer die falsche „Kampfführung" der Gewerkschaften zu?

Koalitionskabinett in Belgien

TUB. **Brüssel,** 8. Juni. (Telunion.) **Poulet begab** sich heute nachmittag zum König und teilte ihm die offizielle Bildung des Kabinetts mit. Das Kabinett setzte sich wie folgt zusammen:

Ministerpräsidentschaft und Wirtschaft: **Poulet** (Kath.)
Vizepräsidentschaft und Auswärtiges: **Van der Velde** (Soz.)
Finanzen: **Jannsen** (Direktor der Nationalbank)
Kolonien: **Tilkaut** (Kath.)
Landwirtschaft: **De Liedekerke** (Kath.)
Justiz: **Tschoffen** (Kath.)
Unterricht: **Camillo Honsmanns** (Soz.)
Inneres: **Labaulle** (Steiger Abgeordneter von Lüttich)
Industrie und Arbeit: **Bauters** (Soz.)
Eisenbahnen: **Angelos** (Soz.)

Das Kriegsministerium ist noch nicht endgültig besetzt, doch hofft Poulet, daß General Konstenle es übernehmen wird. Das neue Kabinett tritt Dienstag, den 16. Juni, vor die Kammer.

Schwierige Lage der Franzosen in Marokko

Paris, 10. Juni. (Eig. Drahtmeldnug.) Durch eine Offensive der Djebalas-Stämme, die sich den Rif-Kabylen anschlossen, hat sich die Lage in Marokko für Frankreich sehr verschärft. Die französischen Truppen bei Uezzan sind von ihren rückwärtigen Verbindungen abgeschnitten. Die Uerga-Front ist von Westen und Osten bedroht. Ein schweres französisches Bombenflugzeug wurde zum Absturz gebracht. Die Zentralstellung Bibane ist fest in der Hand der Aufständischen. Die französischen Truppen bewerkstelligen einen Rückzug „unter dem Druck des Gegners". Bei Agadir wurden 2 deutsche Schaluppen „Leipzig" und „Dortmund" von dem Torpedoboot „Barbara" aufgebracht wegen Waffenschmuggel für die Riffleute; sie wurden vorläufig in Mogadore interniert.

Erfolgreiche Offensive Abd el Krims

TU. **Paris,** 10. Juni. (Telunion.) Nach einer Radiomeldung aus Rabat dauern die Angriffe der Truppen Abd el Krims mit unvermindertor Kraft an. Die Rifleute sind in Richtung auf Uezzan weiter vorgedrungen. Die Stadt gilt als bedroht.

Die Furcht vor der kommunistischen Anklage

TU. **Berlin,** 10. Juni. Die Morgenblätter melden aus Paris:

Die Kammer beschloß gestern nachmittag mit starker Mehrheit, die Interpellation des Kommunisten Doriot über Marokko einstweilen zurückzustellen. Es lag ein von 50 kommunistischen und sozialistischen Abgeordneten unterzeichneter Antrag auf sofortige Erörterung dieser Interpellation vor.

Die Wechsel werden prüsentiert

TU. **London,** 10. Juni. (Telunion.) Die britische Handelskammer hat gestern ihre Tagung abgehalten. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, Maßnahmen zur beschleunigten Eintreibung der alliierten Kriegsschulden zu ergreifen. Ein Redner erklärte, es liege kein Grund vor, daß die englischen Steuerzahler weiterhin drückende Abgaben entrichten, weil Frankreich seinen Schuldenverpflichtungen nicht nachkomme.

Die neuesten Meldungen aus China

Berlin, 10. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In China ist eine allgemeine Verschärfung der Lage eingetreten. Vor Kanton erschienen vier Kanonenboote und eröffneten das Feuer. Die Pünnan-Truppen erwiderten ebenfalls mit Artillerie. Zwei japanische Zerstörer sind vor Kanton eingetroffen. Der Kampf dauert an. In Schanghai werden die Befestigungen im Europäerviertel ausgebaut. Weitere fremde Marinetruppen wurden gelandet. In Nanking wurde angeblich von den Studenten der Sympathiestreik erklärt. Nanking boykottiert englische, französische und japanische Waren. Der Boykott und die revolutionäre Erhebung dehnen sich über weitere Gebiete Chinas aus; namentlich in der Provinz Honan ist die Lage sehr ernst. Vor Schanghai ist das japanische Großkampfschiff „Tatsuta" eingetroffen mit vier neuen japanischen Zerstörern. Ausländische Kanonenboote fuhren flußaufwärts. Die Nationalrevolutionäre verlangen die Abschaffung der exterritorialen Vorrechte der Ausländer (eigene Polizei, Justiz usw.) In Kaifu, der Hauptstadt von Honan, herrscht Generalstreik. Auch die chinesischen Seeleute sind in den Streik eingetreten. Die japanische Marine beginnt schon statt chinesischer Seeleute Japaner einzustellen.